

„E-Mobilität als Motor für Wirtschaft und Klimagerechtigkeit“



Positionspapier erarbeitet durch die PG Mobilität | Oktober 2024

Das SPD-Klimaforum sieht die Diskussionen im Bereich der E-Mobilität mit großer Sorge.

Eine Aufweichung des Neverkaufsverbots von Verbrenner-Fahrzeugen nach 2035 lehnen wir ab. Die durch die rückwärtsgewandte politische Diskussion verursachte Verunsicherung der Kundinnen und Kunden stellt ein großes Risiko für den Wirtschaftsstandort dar und ist unverantwortlich.

Es ist klar: Nur die batteriebetriebene Automobilität ist absehbar effizient und kann den notwendigen Beitrag zur Klimagerechtigkeit leisten. Technologieoffenheit verschiebt die gegenwärtigen Probleme, ohne sie zu lösen.

Drei Problemfelder bestehen in Deutschland: Die Hersteller haben keine günstigen E-Volumenmodelle im Portfolio. Infolge der (politischen) Verunsicherung lahmt der Verkauf von E-Fahrzeugen. Die Ladeinfrastruktur ist unterentwickelt.

Bei den Mobilitätsbedürfnissen besteht zudem ein Stadt-Land-Gefälle: Auf dem Land ist im Gegensatz zu den Städten regelmäßig ein Auto erforderlich.

Das SPD-Klimaforum fordert daher:

- Einen bundesweiten Ladeinfrastruktur-Aktionsplan für einen effizienten Ausbau auf privaten Flächen und nachrangig im öffentlichen Raum. Bedarf an Ladesäulen besteht im privaten Bereich vor allem für Mieter*innen. Daher muss der Ausbau von Ladesäulen vor allem in Wohngebieten mit hohem Anteil an Mietwohnungen gefördert werden. Da viele Arbeitnehmer*innen noch mit dem Auto zur Arbeit fahren, müssen abhängig vom ÖPNV-Angebot Anreize für den Ausbau von Ladesäulen bei privaten und öffentlichen Arbeitgeber*innen geschaffen werden. Zudem sind Tankstellen und Einzelhandel einzubeziehen. Es ist zu prüfen, Vermieter*innen, Arbeitgeber*innen, Energiekonzerne etc. organisatorisch und finanziell zu beteiligen.
- Die finanzielle Förderung muss durch nicht finanzielle Maßnahmen begleitet werden.
- Die Vereinheitlichung von Abrechnungssystemen der Ladesäuleninfrastruktur. Deren Nutzung wird durch eine nicht vorhandene Standardisierung erschwert. An Ladesäulen sollte mit einer einheitlichen App oder Giro-/Kreditkarte bezahlt werden können.
- Die Batterieforschung für neue Serien-Technologien in Deutschland auszubauen und nicht zu kürzen. Die Kosten von E-Fahrzeugen werden maßgeblich durch die Kosten durch die Batterie beeinflusst. Sie sind so zu senken.
- Um Lieferketten für Batterierohstoffe zu sichern, muss die Außen- und Wirtschaftspolitik einen Fokus auf dieses Thema legen.
- Dass die Verbreitung von E-Mobilität nicht zulasten des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs gehen darf. Wir fordern die langfristige und auskömmliche finanzielle

Stabilisierung der D-Tickets samt weiterem Ausbau des ÖPNV und regionalen (E-)Sharing-Modellen.

- Ein Bundesförderprogramm für stationsbasiertes E-Carsharing, um perspektivisch Teilhabe und Zugang zu E-Mobilität für alle zu ermöglichen, die sich kein privates E-Auto leisten können oder wollen. Ergänzt wird dies durch regulatorische Erleichterung und Förderung von sicheren Gemeinschaftsgaragen-Systemen für E-Bikes, Lastenräder, Anhänger etc.

Eine Abwrackprämie zugunsten einer Förderung von E-Autos halten wir für das falsche Signal. Aufgrund ihres Angebots ist unklar, ob europäischer Hersteller davon relevant profitieren. Eine Subventionierung ausländischer Hersteller ist wirtschaftspolitisch nicht zielführend. Umfangreiche und hohe Schutzzölle sind als mögliche Begleitmaßnahmen nach Aussage der deutschen Automobilindustrie nicht in ihrem Interesse und erhöhen eine Wettbewerbsfähigkeit nicht. Es besteht ein Missbrauchsrisiko einer Prämie beziehungsweise vorbeugender Verwaltungsaufwand. Eine solche Prämie setzt zudem einen Fehlanreiz, da die Entsorgung noch nutzbarer Autos weder ökologisch noch ökonomisch ist.

Das SPD-Klimaforum plädiert für ein klares Bekenntnis zur E-Mobilität und für eine Mobilitätspolitik, die Wirtschafts- und Umweltpolitik zusammendenkt und den Standort stärkt!

Ansprechpartner:

Lennart Weyandt, Berlin

koordination@spd-klimaforum.de